

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

18. SEPTEMBER 2019 NR. 145 13. JAHRGANG



In Döbeln haben am 8. August etwa 400 Menschen gegen einen Wahlkampfauftritt des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke protestiert. Der Gründer des rechtsnationalen „Flügels“ in der AfD war zur Unterstützung der Landtagskandidaten der AfD in die zweigrößte Stadt Mittelsachsens gekommen.

Den Protest gegen den Auftritt von Höcke hatte das Bündnis „Döbeln ist bunt“ organisiert. Dabei konnten die Organisatoren auf prominente Unterstützung bauen: Prinzen-Sänger Sebastian Krumbiegel trat auf dem Obermarkt auf und sang dort unter anderem sein neues Lied „Die Demokratie ist weiblich“, das am Vortag veröffentlicht worden war. „Ich bin total begeistert davon, wie viele Leute hier sind. Das ist das richtige Zeichen aus Sachsen, das wir heute senden“, sagte Krumbiegel.

Foto: D. Rausch

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. MITERLEBT:

DER WAHLKAMPF-ENDESPURT DER LINKEN IN MITTELSACHSEN

2. ANALYSIERT:

DIE AUSWERTUNG DER WAHLERGEBNISSE UND WIE SOLL ES WEITERGEHEN

3. INFORMIERT:

ÜBER DEN „MAULKORBERLASS“ DES LANDKREISES MITTELSACHSEN

2	editorial & kurzanalyse
3	kolumne & kurz berichtet in wort und bild
4/5/6	titelthema 1: wahlkampfendspurt der mittelsächsischen linken
7/8	titelthema 2: ergebnisse der landtags wahlen - wie weiter?
9	titelthema 3: kreistag und „maulkorb-erlass“
10	unsere serie zur politischen bildung: beitrags -49 -: klimawandel und trans-formation der gesellschaft
11	kreisvorstand & jahrestage & glückwünsche
12	termine & querbeet

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Inhalt unserer heutigen Ausgabe wird bestimmt von der Schlussphase des Landtagswahlkampfes und den Ergebnissen der Landtagswahlen vom 1. September. Ein großer Widerspruch tut sich für uns auf: Einerseits der engagierte Wahlkampf vieler unserer Ortsverbände in den beiden Wochen vor dem Wahlsonntag, andererseits das katastrophale Wahlergebnis der LINKEN in ganz Sachsen und auch bei uns in Mittelsachsen.

Im Titelthema -1- berichten wir ausführlich über den Wahlkampfendspurt in den fünf Landtagswahlkreisen in Mittelsachsen. Viele Veranstaltungen wurden in den zwei Wochen vor dem Wahlsonntag organisiert und auch politische Prominenz kam zu uns. So konnten wir Katja Kipping in Rochlitz, Gregor Gysi in Döbeln und Dietmar Bartsch in Freiberg und Mittweida begrüßen. Es ist sehr traurig, dass der engagierte Wahlkampf vieler unserer Ortsverbände, vor allem aber unserer fünf DirektkandidatInnen Jana Pinka, Marika Tändler-Walenta, Eyk Fechner, Toni Christoph und Robert Sobolewski keine Früchte getragen hat.

Das Titelthema -2- beschäftigt sich mit den für DIE LINKE zutiefst enttäuschenden Ergebnissen der Landtagswahlen am Rande der Einstimmigkeit, in Mittelsachsen vielfach sogar darunter. Wir haben für unsere Leserinnen und Leser einige Wahlergebnisse in den fünf Direktwahlkreisen Mittelsachsens zusammengestellt. Nach der ersten Schockstarre am Wahlabend haben sich der Landesvorstand und die Landtagsfraktion über erste Schritte verständigt, mit denen man gedenkt, aus der existenziellen Krise für den Landesverband herauszukommen und einen neuen Aufbruch zu organisieren. Seit 5. September kann man im Internet eine Gemeinsame Erklärung von ParlamentarierInnen der sächsischen LINKEN unter dem Motto „In Verantwortung vor unserer Partei“ lesen. Die nur noch 14 Abgeordneten der Landtagsfraktion - darunter unsere Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta - werden sich am 12. und 13. September zu einer Klausur treffen und über die „inhaltliche-strategisch-methodische Ausrichtung der Fraktion“ sprechen. Am 17. September sollen die Wahlen für den Vorstand der Fraktion erfolgen. Noch im September kommen der Landesvorstand und ein „kleiner Parteitag“ zur Wahlauswertung zusammen. Wir werden im Oktober ausführlich berichten. Unsere Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta, Mitglied des Bundesvorstandes, legt ihre Überlegungen für einen neuen Aufbruch ebenfalls im Titelthema -2- dar. Die Kreistagsfraktion der LINKEN wird sich künftig weiterhin traditionell im Titelthema -2- äußern. Heute gibt es ausnahmsweise im Titelthema -3- Bemerkungen zur Konstituierung des Kreistages am 7. August und zum Scheitern der Klage der LINKEN gegen den sogenannten „Maulkorberlass“ im Kreistag.

Unsere Serie zur politischen Bildung und Information wird mit einem Beitrag zu Klimawandel und Transformation der Gesellschaft fortgesetzt. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

wem gibt ostdeutschland im herbst seine stimme?

von HANS WEISKE

Meine Kurzanalyse in der August-Ausgabe der LinksWorte stand an gleicher Stelle und unter der gleichen Überschrift. Für Sachsen und Brandenburg gab es am 1. September eine für DIE LINKE schmerzhafteste Antwort auf die von mir gestellte Frage des Wahlverhaltens der Ostdeutschen im Herbst 2019.

Auf die - hoffentlich - wesentlich bessere Antwort aus Thüringen müssen wir uns noch bis zum 27. Oktober gedulden. Hier macht die letzte vorliegende Prognose von INSA zumindest etwas Hoffnung: DIE LINKE liegt mit 26% vorn, gefolgt von CDU mit 24% und AfD mit 21%. Die Grünen kämen danach auf 11%, die SPD auf 9%. Es wäre also ganz wichtig für unseren Thüringer Landesverband, diese Spitzenposition bis zum Wahltag zu verteidigen. Man muss sich allerdings im Klaren sein, dass die von mir genannte Prognose vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen veröffentlicht wurde und ein negativer Effekt für die Thüringer LINKE zu befürchten ist. Doch nun zu den sächsischen und brandenburger Wahlergebnissen für DIE LINKE. Sie sind ein Debakel für unsere Partei: in beiden Fällen gab es das schlechteste Wahlergebnis seit 1990: In Brandenburg mit 10,7% der Stimmen, in Sachsen mit 10,4%. In Brandenburg verloren wir 7,9%, in Sachsen sogar 8,5% der Stimmen gegenüber den Landtagswahlen 2014. Nochmals zur Erinnerung: DIE PDS erzielte ihr bestes Ergebnis in Brandenburg im Jahr 2004 mit 28%, in Sachsen gaben im gleichen Jahr fast 24% der Wähler ihre Stimme der LINKEN. Besonders dramatisch dabei, dass die schon wenig erfreulichen Prognosen unmittelbar vor der Wahl (in Brandenburg 16,5% und in Sachsen 15%) nochmals weit unterschritten wurden.

Als ein Phänomen der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen muss man die - trotz generellem Sturzflug in den Wahlergebnissen gegenüber 2014 - relative Stärkung der SPD in Brandenburg und der CDU in Sachsen gegenüber den letzten Prognosen bewerten. Immerhin lagen die beiden etablierten Regierungsparteien zeitweilig klar hinter der AfD zurück und holten im „Schlusspurt“ erheblich auf. In der Presse wird das vor allem damit erklärt, dass ein Teil der Wähler taktisch gewählt habe, um die AfD als stärkste Kraft zu verhindern.

Das Schlimmste aber: Die AfD hat es zwar in beiden Bundesländern nicht geschafft, stärkste Kraft zu werden. Sie hat aber mit 23,5% in Brandenburg und sogar 27,5% in Sachsen erschreckend hohe Stimmenanteile eingefahren und ist damit zu einer ernst zu nehmenden Kraft in beiden Parlamenten geworden. Besonders drastisch zeigt sich die Verschiebung nach rechts in Sachsen. Mit 38 Sitzen (eigentlich hätte sie ohne Gerichtsurteil sogar 39 beanspruchen können) hat die AfD im künftigen sächsischen Landtag mehr Sitze als DIE LINKE (14), die Grünen (12) und die SPD (10) zusammen.

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 23. Oktober 2019. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 16. Oktober**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke,

Michael Matthes, Robert Sobolewski,

Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer,

Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A•Bi•Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG

Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Wahlniederlage – desaströs – katastrophal – niederschmetternd ...? Wir sollten erst einmal überlegen, was passiert ist. Ist es nicht so, daß die Bürgerinnen und Bürger Sachsens dem Landesverband Sachsen der Partei DieLinke mitgeteilt haben: Wir stimmen nicht mehr mit euch überein. Und dies deutlich. Die Partei verlor in Sachsen – und dies nur bei dieser Wahl – prozentual fast die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler. Bezieht man es auf die Zahl der Wahlberechtigten sind die jeweiligen Wahlergebnisse mit dem Faktor zwei Drittel zu multiplizieren. DieLinke ist so gerechnet überall einstellig. Offensichtlich ist der Unterschied zwischen den Verlautbarungen und Äußerungen aus dem Kreis der Linken und dem sogenannten gesunden Menschenverstand so zum Himmel schreiend groß, daß sich die Bürgerinnen und Bürger kopfschüttelnd abgewandt haben.

Letzteres ist die eigentliche Katastrophe. Waren wir nicht vor siebzig Jahren und auch im Jahre 2007 angetreten für eine Gesellschaft des Fortschritts und der Befreiung vom kapitalistischen Gesellschaftsmodell? Und nun hört uns kaum noch einer zu. Es ist unsere gemeinsame Sache, die ein zweites Mal verraten wurde. Das alles kam nicht ohne Ankündigung. Wer die Analysen des Ältestenrates der Partei, namentlich die ihres Vorsitzenden Hans Modrow verinnerlicht hat, kann nicht überrascht sein. Für all dies gibt es Verantwortliche. Im November gibt es auf einem Landes- und einem Kreisparteitag Gelegenheit dazu, sie zur Verantwortung zu ziehen. Doch das ist nur Voraussetzung, nicht die Lösung. Es wird darauf ankommen, ob wir noch die Kraft haben, die Partei des gesellschaftlichen Fortschritts zu werden, die wir einmal werden wollten.

Der sächsische Landesverband ist von Kompetenz entleert. Klaus Bartl sagte dazu im jW-Interview: „Dass unter den Vierzehn jetzt Die Linke im Sächsischen Landtag vertretenden künftigen Abgeordneten kein gestandener Finanzexperte, kein gestandener Innenpolitiker, keine gestandene Bildungspolitikerin ist, auch kein Jurist, ist ein Dilemma für sich.“ Und ich füge hinzu: Es gibt auch keine gestandene und anerkannte Expertin für die entscheidende Problematik der Ökologie mit all den wichtigen Themen Klima, Energie, Ökologie in der Landwirtschaft usw.

Ja – ich rede von Jana Pinka. Sie hat über die Jahre hinweg Graswurzel-Arbeit für die Partei geleistet. Wenn ich meine Hundedame zur Pension ins Tierheim bringe, ist ihr Bild auf dem Pylon zu sehen. Was mich unendlich traurig macht: In diesem Kreisverband erhob sich meines Wissens nicht eine einzige Stimme gegen diesen Skandal. Jana hat sich mehr Solidarität verdient. (mm)

JANA PINKA: auf ein wort vor ort

in wort und bild von KERSTIN UFER

Seit vielen Jahren ist Jana Pinka auf Sommertour und ihre Mitarbeiterin Kerstin Ufer begleitet sie mit Schreibstift und Fotoapparat. In diesem Jahr war die Sommertour eine echte Wahlkampf tour. Bereits in unserer August-Nummer haben wir über die ersten Stationen berichtet. Ab Mitte August bis zum Wahltag gab es ein weiteres „Wandern wir mal“ auf einem historischen Bergbau-Lehrpfad in Weißenborn. Veranstaltungen unter dem Motto „Auf ein Wort vor Ort“ gab es in Bobritzsch-Hilbersdorf, auf dem Freiburger Obermarkt, in Frauenstein und Lichtenberg. Bei die-

sen Vorortgesprächen standen die Themen Ökologie, Tourismus und Wirtschaft im Mittelpunkt. Auch wenn es dann am 1. September für eine Wiederwahl in den Landtag leider nicht reichte, bedankt sich Jana Pinka recht herzlich bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern, allen voran bei den Genossinnen und Genossen des Freiburger Ortsverbandes, die diese Touren mit finanzierten, organisierten und begleiteten. Im folgenden einige Impressionen. Weiteres im Titelthema -1- unserer heutigen Ausgabe.



Mit dem Weißenborner Ortschronisten **WOLFGANG GÖHLER**, seinem Freund **LUTZ RICHTER** und 15 weiteren wissensdurstigen Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern begab sich **JANA PINKA** auf die Spuren des Historischen Bergbaus entlang des vor zwei Jahren angelegten Lehrpfades in Weißenborn.



Unter dem Motto „Gespräche, Weine, Kulinarisches und Musik aus aller Welt im Herzen unserer Stadt“ hatte **JANA PINKA** am 24. August zu einem bunten Friedensfest Freiburgerinnen und Freiburger sowie Menschen vieler Nationen, die hier in der Stadt eine neue Heimat gefunden haben, auf den Freiburger Obermarkt eingeladen.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg schmerzen. In den fünf mittelsächsischen Wahlkreisen ging es sowohl bei den Direkt-, als auch bei den Listenstimmen um nur noch um die Zweistelligkeit und auch die wurde meistens verfehlt. Die genauen Ergebnisse können auf Seite -7- nachgelesen werden.

Über die Ursachen der „Klatsche“ ist zu reden und sie liegen sehr tief. Woran es nicht gelegen haben dürfte, sind die von uns besetzten Themen und die Führung des Wahlkampfes. Er wurde vom Wahlkampf-Team des Landesvorstandes hervorragend unterstützt.

Auch wenn wir im Nachgang einschätzen müssen, dass es nicht zu einem akzeptablen Wahlergebnis gereicht hat, möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren fünf Direktkandidaten Jana Pinka, Marika Tändler-Walenta, Toni Christoph, Eyk Fechner und Robert Sobolewski für ihren engagierten Wahlkampf bedanken.

Bevor wir ab Seite -7- im Titelthema -2- auf die Wahlergebnisse und ihre Konsequenzen zu sprechen kommen, wollen wir auf den folgenden drei Seiten den Wahlkampf-Schlusspurt in den beiden Wochen vor dem Wahlsonntag in Wort und Bild Review passieren lassen.

wahlforum in freiberg



Am 14. August fand im Städtischen Festsaal Freiberg das vierte Wahlforum in Mittelsachsen statt (über die Veranstaltungen in Rochlitz, Brand-Erbisdorf und Frankenberg haben wir in unserer August-Ausgabe berichtet). Eingeladen waren durch die sächsische Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Freien Presse **DR. JANA PINKA** (DIE LINKE), **ALEXANDER GEISSLER** (SPD), **MARKUS SCHOLZ** (Grüne), **STEVE JOHANNES ITTERSHAGEN** (CDU), **BENJAMIN KARABINSKI** (FDP) und **DR. ROLF WEIGAND** (AfD) (Im Bild von links).

Themen waren u.a. der Straßenzustand, Umgehungsstraßen, Lehrermangel, Bildungssituation und Bürokratieabbau. Jana Pinka, Direktkandidatin der LINKEN für den Landkreis Mittelsachsen 2 legte besonderes Augenmerk darauf, die etwa 250 interessierten Gäste mit klaren Argumenten und Fachwissen zu überzeugen. Dabei kamen ihr auch die langjährigen Erfahrungen als umweltpolitische Sprecherin der Links-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie als Kommunalpolitikerin zu Gute.

Das Direktmandat in diesem Wahlkreis ging an Dr. Rudolf Weigand von der AfD.

wahlforum in döbeln



Den Abschluss der fünf Wahlforen der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Mittelsachsen bildete die Veranstaltung am 28. August in Döbeln. Hier debattierten **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (DIE LINKE), **HENNING HOMANN** (SPD), **MARIA-CHRISTIN ANDERFUHREN** (Grüne), **CONSTANZE CYRNIK** (FDP), **DR. RUDOLF W. LEHLE** (CDU) und **LARS KUPPI** (AfD). Das Direktmandat in diesem Wahlkreis ging an Lars Kuppi von der AfD.

klares ja zur freiheit von kunst, kultur und presse

von KERSTIN UFER

Am 16. August hatte Jana Pinka zum Marktplatzgespräch auf dem Freiburger Obermarkt eingeladen. Das Interesse der Freiburgerinnen und Freiburger an der Diskussion war groß. Auf den teilweise nicht ausreichenden Sitzwürfeln hatten unter anderem Prof. Helmuth Albrecht, Horst Drichelt, Volker Träger sowie Stefan Benkert Platz genommen. Von Jana Pinka darauf angesprochen, äußern sie nicht nur ihre Standpunkte und Erfahrungen zur Freiheit von Kunst und Kultur in Freiberg. Professor Helmuth Albrecht erläuterte ebenso den langen Weg zum UNEACO-Welterbetitel Montanregion Erzgebirge und stellte die



Stellenweise reichten die Sitzwürfel nicht aus. Viele Freiburgerinnen und Freiburger brachten sich beim Marktplatzgespräch der LINKEN mit **DR. JANA PINKA** in die Diskussion ein und berichteten über ihre Initiativen, das Leben in Freiberg für alle noch lebenswerter, weltoffener und demokratischer zu gestalten.

neue Initiative „Freiberg für alle“ vor. Auch Stefan Benkert ist Gründungsmitglied. Er rief vor einigen Jahren die Freiburger Mitlaufgelegenheit ins Leben. Jana Pinka: „Das sind nur zwei Beispiele für Freiburger Zivilcourage, die zeigen, dass sich Menschen unserer Stadt für ein offenes, lebenswertes und demokratisches Freiberg engagieren.“ Auch junge Leute des Freiburger Netzwerkes und des Bündnisses Freiberg. Grenzenlos kamen zu Wort. Künstler und Bürgerpreisträger Volker Träger stellte die Bedeutung der Soziokultur heraus und monierte fehlende Begegnungsräume in der Stadt. Dr. Michael Trinkler stellte seine Ideen für ein Klimaschutzkonzept der Gemeinde Bobritzsch vor, und der Österreicher Nick Einspieler sowie der Spa-

der mittelsächsischen linken in wort und bild

nier Marco Escamilla-Sanchez sprachen darüber, wie sie das Leben als „Ausländer“ in Freiberg empfinden. So vermissen sie beispielsweise ein Zusammenwachsen von Stadt und Campus. Horst Drichelt und sein Team vom Klein-Erzgebirge Oederan fühlen sich gerade wieder sehr allein gelassen: kein Geld vom Kulturraum und verheerende Windbruch- und Borkenkäfer-Schäden im Park – der Fortbestand des traditionsreichen erzgebirgischen Kleinods ist in ernster Gefahr. Jana Pinkas Fazit: „Fest stand am Ende für uns alle, dass es sich lohnt, gemeinsam und laut für Welt-



Professor **HELMUTH ALBRECHT** erläuterte den langen Weg zum UNESCO-Welterbetitel der Montanregion Freiberg und stellte die neue Initiative „Freiberg für alle vor“. Hier können sich alle engagieren, die ihr Freiberg lieben und sich für ein offenes, lebenswertes und demokratisches Miteinander in unserer Stadt engagieren. Das tut auch **STEFAN BENKERT** seit einigen Jahren sehr aktiv. Er gründete die Mitlaufgelegenheit Freiberg

offenheit, Toleranz und Demokratie Courage zu zeigen. Auch aktuelle Bestrebungen, Kunst-, Kultur- und Pressefreiheit zu unterwandern und abzuwerten, werden wir nicht hinnehmen. Denn Kunst und Kultur müssen die ganze Bandbreite des Lebens unserer Gesellschaft widerspiegeln. Und deshalb freue ich mich ganz besonders, dass auch das Freiburger Theater in der neuen Spielzeit die ‘Dialog-Reihe’ wieder auf den Spielplan gesetzt hat und so, wie auch mit zahlreichen anderen Stücken, seiner gesellschaftlichen Aufgabe als Ort der Demokratie gerecht wird.“

vor ort in reinsberg



Das Vereinsleben der Gemeinde Reinsberg war Hauptthema eines Bürgergesprächs von **DR. JANA PINKA**. Auf ein „Wort vor Ort“ traf sie sich mit etwa 30 Vereinsmitgliedern, interessierten Gästen und Bernd Hubricht, dem langjährigen Bürgermeister der Gemeinde. Der Dachverband **reinsberg.er.leben e.V.** zählt heute 107 Mitglieder. Etwa 80 Ehrenamtliche sind allein im Badepark organisiert. Jana Pinka erlebte eine sehr angenehme, sachliche und konstruktive Diskussion.

sächsische bildungspolitik im brennpunkt

von **KERSTIN UFER**

Die sächsische Bildungspolitik stand im Mittelpunkt einer zweieinhalbstündigen Diskussion in Großschirma. Dazu hatte sich MdL Dr. Jana Pinka die zu diesem Thema wohl kompetenteste Fachfrau der Links-Fraktion im Sächsischen Landtag, die bildungspolitische Sprecherin Cornelia Falken, eingeladen. Der Einladung gefolgt waren zudem der Großschirmaer Bürgermeister Volkmar Schreiter sowie weitere Stadträte und interessierte Gäste. Zunächst war der Volksantrag zum längeren gemeinsamen Lernen ein Schwerpunkt, den Cornelia Falken aufgriff. Sie erläuterte das Entstehen der parteiübergreifen-



den Aktion, der ersten ihrer Art in Sachsen überhaupt. Am 16. August waren dazu 50.000 Unterschriften an Landtagspräsident Matthias Röbner übergeben (siehe dazu das untenstehende Plakat). Ob und wann der Antrag dann in 1. Lesung im Parlament behandelt wird, entscheidet sich nach nochmaliger juristischer Prüfung der Staatsregierung erst in der neuen Legislaturperiode. Themen des Abends waren zudem der trotz der Beamtenregelung noch immer gravierende Lehrermangel und der daraus resultierende Unterrichtsausfall an Sachsens Schulen. Cornelia Falken erläuterte Vorschläge und Positionen der LINKEN, beispielsweise die Selbstständigkeit und Entscheidungsfreiheit der Schulen zu erhöhen, Einstellungsverfahren emotionaler und in Einzelgesprächen zu gestalten, um junge Lehrer zu motivieren, im ländlichen Raum zu arbeiten, Ganztagsangebote zu erhöhen, der Berufsorientierung an den Schulen größeren Stellenwert einzuräumen sowie die Lehrpläne praxis- und bedarfsorientierter zu gestalten. In Großschirma wird aktuell der Bau einer eigenen Oberschule diskutiert. In diesem Zusammenhang kam dann auch die Frage auf, ob die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens neue Möglichkeiten dafür bieten würden. Entscheidend wären allerdings die zukünftige Entwicklung der Schülerzahlen und die Bedingungen zur Förderung eines Schulneubaus, für den die Stadt zurzeit die nötigen Eigenmittel nicht aufbringen könne, so der Bürgermeister.



impressionen vom wahlkampf-endspurt der mittelsächsischen linken in wort und bild

politische prominenz unterstützt die linke in mittelsachsen im wahlkampf



DIETMAR BARTSCH, gemeinsam mit Sarah Wagenknecht Vorsitzender der Fraktion die LINKE im Deutschen Bundestag, kam 12 Tage vor der Sachsen-Wahl nach Freiberg und Mittweida. Damit unterstützte er die mittelsächsischen Direktkandidaten **JANA PINKA** und **TONI CHRISTOPH** (Bild Mitte) sowie **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** und **EYK FECHNER** (Bild unten) in der heißen Wahlkampfphase.

Auf dem Freiburger Obermarkt hielt er eine emotionale Rede, die er mit Fakten, Zahlen und Argumenten perfekt untersetzte. Danach beantwortete er die Fragen der Menschen, die ihn zuvor aufmerksam zugehört hatten. So ging es unter anderem um die Positionen der LINKEN zur Flüchtlingspolitik, aber auch um ganz individuelle sächsische Themen.

Am Abend eröffnete er in der Filmbühne Mittweida eine Aufführung des Filmes „Der junge Marx“. Dabei schlug Dietmar Bartsch den Bogen von der Lehre Karl Marx zu den aktuellen Problemen der heutigen Zeit.



Am Dienstag, den 27. August, kam **GREGOR GYSI**, Präsident der Europäischen Linken, wieder nach Döbeln. Auf dem dortigen Obermarkt sprach er zu den Bürgerinnen und Bürgern. Neben vielen interessanten Aspekten der internationalen Politik, des täglichen Politikbetriebes und einigen der von ihm gewohnten frechen Kommentare erklärte er, dass nur mit den LINKEN ein sozial gerechteres Sachsen möglich ist. Er machte aber ebenfalls klar, dass DIE LINKE neben ihrer Rolle als Protestpartei mit ihrer Regierungsverantwortung in mehreren Bundesländern und einem linken Ministerpräsidenten auch ein Stück neue Identität brauche.

Die Veranstaltung wurde von unserer Direktkandidatin **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, zugleich Kreisvorsitzende der LINKEN, eröffnet und moderiert.



Die Parteivorsitzende der LINKEN, **KATJA KIPPING** (im Bild 3. von links) hat auf ihrer Wahlkampftour in Sachsen am Sonntag, den 25. August, bei Mr. Espresso in Rochlitz Station gemacht. Gemeinsam mit dem Direktkandidaten **ROBERT SOBOLEWSKI** (2. von links) hat sie Eis verteilt und ist mit Bürgerinnen und Bürgern u.a. zu den Themen Bildung, Regierungswechsel, Tierschutz und Sozialpolitik ins Gespräch gekommen. Im Bild auch aktive Mitstreiter aus der Region.

das ergebnis der landtagswahlen - und wie weiter ?

Die Landtagswahlen in Sachsen sind Geschichte. Mit dramatischen Verlusten für DIE LINKE. In den vergangenen Tagen ist bereits viel analysiert und debattiert worden. Wir wollen uns heute und hier auf die ersten Reaktionen in Mittelsachsen konzentrieren. Das aber nicht, ohne einen Blick auf die ersten Reaktionen im Landesvorstand und in der Landtagsfraktion der LINKEN zu werfen. Ausgangspunkt sind die Wahlergebnisse in den fünf mittelsächsischen Landtagswahlkreisen. Drei gingen an die CDU, zwei an die AfD. Diese beiden Parteien erreichten (mit Ausnahme der AfD im Wahlkreis Mittelsachsen 5) Ergebnisse über 30%. Für die CDU ein herber Einbruch (vor fünf Jahren lag sie in allen fünf Wahlkreisen klar über 40%), die AfD hingegen hat ihr Ergebnis mehr als verdreifacht. Und DIE LINKE? Unser Ergebnis in Mittelsachsen hat sich seit 2014 fast halbiert. Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta reagierte mit den Worten: „Für mich ist klar, ein weiter so kann und wird es nicht geben.“ Der Kreisvorstand kam am 11. September zusammen. Wir informieren auf der folgenden Seite über erste Schlussfolgerungen. Außerdem kommen unser treuer Leser Reinhard Kluge aus Rechenberg-Bienenmühle und der Ortsverband Rochlitz/Geringswalde zu Wort, die sich ebenfalls mit den Wahlergebnissen und deren Konsequenzen beschäftigen.

Wahlergebnisse in den Wahlkreisen Mittelsachsens

Wahlkreis Mittelsachsen 1 (Brand-Erbisdorf, Flöha)

Partei	CDU	LINKE	SPD	AfD	Grüne	FDP	FW
Direktstimmen	35,0%	9,3%	6,1%	33,4%	4,4%	4,4%	7,3%
Listenstimmen	36,6%	8,6%	6,6%	32,1%	3,8%	3,7%	4,2%

Wahlkreis Mittelsachsen 2 (Freiberg)

Partei	CDU	LINKE	SPD	AfD	Grüne	FDP	FW
Direktstimmen	32,1%	11,9%	6,2%	33,7%	4,8%	3,1%	8,2%
Listenstimmen	31,2%	8,7%	6,8%	32,2%	6,3%	3,9%	5,3%

Wahlkreis Mittelsachsen 3 (Mittweida)

Partei	CDU	LINKE	SPD	AfD	Grüne	FDP	FW
Direktstimmen	37,1%	9,5%	6,4%	31,3%	5,0%	4,2%	6,5%
Listenstimmen	35,6%	8,7%	7,2%	30,6%	4,5%	4,1%	4,0%

Wahlkreis Mittelsachsen 4 (Döbeln)

Partei	CDU	LINKE	SPD	AfD	Grüne	FDP	FW
Direktstimmen	29,8%	10,9%	10,8%	31,7%	3,3%	4,6%	8,9%
Listenstimmen	33,9%	10,0%	8,9%	30,2%	3,7%	4,4%	3,7%

Wahlkreis Mittelsachsen 5 (Rochlitz)

Partei	CDU	LINKE	SPD	AfD	Grüne	FDP	FW
Direktstimmen	36,9%	9,9%	7,2%	29,4%	5,2%	3,4%	8,0%
Listenstimmen	36,5%	9,2%	7,7%	28,8%	4,5%	3,7%	4,9%

Aus dem Landkreis Mittelsachsen in den neuen sächsischen Landtag:

Direkt gewählt wurden in den fünf Landtagswahlkreisen:

- Wahlkreis Mittelsachsen 1: SUSANN LEITHOFF (CDU)
- Wahlkreis Mittelsachsen 2: ROLF WEGAND (AfD)
- Wahlkreis Mittelsachsen 3: IRIS FIRMENICH (CDU)
- Wahlkreis Mittelsachsen 4: LARS KUPPI (AfD)
- Wahlkreis Mittelsachsen 5: THOMAS SCHMIDT (CDU)

Über die Landeslisten wurden gewählt:

- DIE LINKE: MARIKA TÄNDLER-WALENTA
- AfD: Romy Penz
- SPD: Henning Homann
- Grüne: Wolfram Günther

In einer ersten Stellungnahme unter der Überschrift „Erste Schritte zu einem neuen Aufbruch“ - abgegeben nach ersten Sitzungen des Landesvorstandes und der neuen Abgeordneten - informieren die Landesvorsitzende Antje Feiks und der Landesgeschäftsführer Thomas Dudzak über die kommenden Schritte im Landesvorstand:

- Am 27. September wird sich der Landesvorstand zu einer weiteren Wahlauswertung und zur Vorbereitung des Landesparteitages treffen.
- Für den 28. September hat der Landesvorstand eine gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzende einberufen. Diese wird ab 10.00 Uhr in Dresden stattfinden.
- Im Oktober werden wir Regionalkonferenzen zur Wahlauswertung und zur künftigen Positionierung der Partei durchführen. Die genauen Termine werden wir euch schnellstmöglich mitteilen. Wir möchten euch aber bereits jetzt herzlich dazu einladen, euch an dieser Debatte zu beteiligen.
- Die für den 15./16. November 2019 geplante Beratung der 2. Tagung des 15. Landesparteitages werden wir - vorbehaltlich der Zustimmung der Gremien - bereits auf den 14. November 2019 verlängern, um Raum zu schaffen, über die Zukunft unserer Partei zu reden. Diese Tagung hat zudem die Aufgabe, die Gremien des Landesverbandes neu zu wählen.

Der Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Rico Gebhardt, erklärte in einer ersten Stellungnahme:

Die neu gewählten Abgeordneten haben sich gestern erstmalig getroffen und haben sich ausführlich über das Wahlergebnis verständigt. Die Enttäuschung ist groß, aber die Bereitschaft, alles zu tun, um dieses katastrophale Ergebnis zu überwinden, war deutlich zu spüren. Klar ist, dass das Thema soziale Gerechtigkeit (z.B. geringere Löhne und Renten) und unsere Kompetenz in Fragen der Ostdeutschen weiter im Fokus der politischen Arbeit stehen soll, aber verstärker auch das Thema Marktversagen im Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge (ÖPNV, Nahversorgung, Gesundheit und Wohnen).

Um das zu vertiefen, werden sich die Abgeordneten am 12. und 13. September zu einer Klausur treffen und über die inhaltliche-strategisch-methodische Ausrichtung der Fraktion sprechen. Das soll in enger Kooperation mit dem Landesvorstand der LINKEN erfolgen. Wir werden uns über die internen Arbeitsstrukturen verständigen, insbesondere, wie wir sicherstellen, dass wir im Land trotz geringerer Anzahl von Abgeordneten Strukturen vor Ort aufrechterhalten können. Es soll ein Erfahrungsaustausch mit der Fraktion DIE LINKE in Sachsen-Anhalt geben. (Stichwort: Umgang mit „Kenia-Koalition“). Am 17. September sollen die Wahlen für den Vorstand der Fraktion erfolgen.

überlegungen zum Wahlergebnis der linken

von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA,**
ROSSWEIN



Auch ich bin zutiefst enttäuscht von Wahlsonntag. Dieses schlechte Ergebnis hätte keiner erwartet. Zugegeben war meine Wahrnehmung im Wahlkampf auch eine andere. Wir sind nicht nur im Konstellationswahlkampf der Parteien untergegangen, sondern haben auch gravierende Fehler auf Bundesebene gemacht. Sonst sind -8% in zwei Bundesländern mit unterschiedlichen Ausgangslagen nicht zu erklären. Es gibt aber auch nicht den einen Fehler den wir begangen haben, sondern es bedarf einer komplexen Analyse. Die Spannbreite unseres Verlustes liegen zwischen -4,4 % in Leipzig und -11,9% in Meißen. Eine einfache Land-Stadt-Spaltung liegt auch nicht vor, so haben wir z.B. in allen Chemnitzer Wahlkreisen, in zwei Leipziger Wahlkreisen und in zwei Dresdner Wahlkreisen deutlich über dem Landesverlust gelegen. Insgesamt haben wir als DIE LINKE landesweit 41.400 mehr Erst- als Zweitstimmen. Ich persönlich bin davon überzeugt, das es auch nicht an unseren KandidatInnen lag oder die Personen vor Ort nicht angekommen sind. Landesweit haben wir verloren, im Schnitt eben überall -8%. Meines Erachtens gilt es jetzt nicht mit voreiligen Rücktrittsforderungen zu kommen, aber ein weiter so geht nicht. Ich glaube, dass ist uns allen klar. Auch bei uns im Landkreis. Bereits zur Kommunal- und Europawahl haben wir einen erheblichen Mangel an politischer Umsetzbarkeit feststellen können, d.h. wir werden immer weniger und es wird immer mehr auf weniger Schultern verteilt. Dem müssen wir uns als Kreisverband stellen. Wir müssen unsere Strukturen und Aufgaben neu verteilen und Verantwort-

lichkeiten in Gänze übernehmen. Unser politischer Anspruch darf insbesondere in den Gremien auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene nicht so bleiben. Wir haben keinen schlechten Job gemacht, aber wirklich Anträge eingebracht und die öffentliche Debatte haben wir insbesondere in den kleinen Kommunen nicht. Da müssen wir auch selbstkritisch sein. Dass müssen wir ändern, indem wir aber auch die Ressourcen zur Verfügung stellen, d.h. euch jemanden als AnsprechpartnerIn geben, die auch solche Anträge professionell mit ausarbeitet. Bereits seit der Kommunalwahl haben wir den Gedanken eine KreisgeschäftsführerIn einzustellen.

Zudem muss ich als Fehler meinerseits anerkennen, dass es mir bei der letzten Kreisvorstandswahl nicht gelungen ist 12 neue Mitglieder zu finden, wodurch wir den Kreisvorstand auf 8 Personen reduzieren mussten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir immer weniger GenossInnen haben, dennoch war das ein Fehler. An dieser Stelle möchte ich dafür werben, für eure Region für den Kreisvorstand zu kandidieren. Wir müssen die Aufgaben, die es jetzt gilt anzugehen, auf möglichst viele GenossInnen verteilen, nur so wird ein Wandel möglich sein. Sinnvoll ist zudem den Kreisvorstand zu erweitern durch BeraterInnen von außen, d.h. Gewerkschaft, Vereine und Initiativen. Gleichzeitig können wir die Jugendlichen, die für uns aktiv werden, meist nur begrenzt im Landkreis halten. Dass heißt, sie verlassen nicht die Partei, sondern ziehen einfach in die umliegenden Städte und engagieren sich dort. Wir werden uns im Kreisvorstand und in den kommenden Beratungen (Ortsvorsitzendenberatung, Regionalkonferenzen nach Altkreisprinzip, Kreisparteitag) diesen Fragen widmen müssen. Schonungslos und offen.

Trotz allem möchte ich mich bei meinen WahlkampfhelferInnen im Landkreis bedanken und insbesondere auch bei den Direktkreisbewerbern Toni Christoph, Eyk Fechner, Jana Pinka und Robert Sobolewski. Wir haben nun eine Verantwortung gegenüber unserer Partei, denn wir haben eine existenzielle Krise, können uns nicht mit einfachen Erklärungen zufrieden geben. Wir werden den Weg den wir beschreiten nur gemeinsam gehen können. Es ist die Zeit des Zusammenrückens und müssen nun gemeinsam den Weg für einen Neuanfang der Linken bereiten.

von **REINHARD KLUGE,**
RECHENBERG-BIENENMÜHLE



Das Wahlergebnis der LINKEN ist mehr als enttäuschend. Aber wir sollten bei der Bewertung auch Maß halten. Von einer Katastrophe zu sprechen, halte ich nicht für angemessen. Wir gehen geschwächt, aber mit einer guten Fraktion in den Landtag. Unsere Kernwählerschaft hat zu uns gehalten. Das ist auch ein Ergebnis des engagierten Wahlkampfes vieler Funktionäre, Abgeordneter und Mitglieder der Partei., die dafür Dank verdienen. Zwölf Prozent unserer Wähler haben aus taktischen Gründen die CDU gewählt. Sie haben mitgeholfen, dass die Rechte ihr Wahlziel deutlich verfehlt hat. Wir haben auch nicht, um ein Wort aus dem ND zu verwenden, unsere „Deutungsmacht“ eingebüßt. Das würde heißen, unser Wahlprogramm mit den Kernthemen Frieden, Solidarität, sozialökologische Wende hätte der politischen Realität nicht entsprochen. Sicher sollten wir darüber beraten, ob der eine oder andere Akzent aufgewertet werden sollte, ob etwa das Thema Ökologie einen höheren Stellenwert bekommt. Als problematisch hat sich die uneinheitliche Position der LINKEN zur Frage der Flüchtlingsproblematik erwiesen, umso mehr, als nach den diesbezüglichen Differenzen in der Führungsetage keine einheitliche überzeugende Position erarbeitet worden ist. Hier ist jedenfalls kein Raum für Gedankenspiele, die unseren humanistischen Idealen nicht gerecht werden, selbst wenn zu erwarten ist, dass uns viele Wähler dabei nicht folgen werden.

Wer sich das Wahlprogramm noch einmal ansieht, wird mir zustimmen, es entspricht den objektiven Interessen der Arbeiter und Angestellten, der Rentner, der Mieter bis hin zu den Handwerkern, Universitätsangehörigen, Selbständigen und Kleinunternehmern, also allen, die den Verwerfungen des Finanzmarkt-gesteuerten modernen Kapitalismus und der gegenwärtigen

Politik der großen Koalition besonders ausgesetzt sind. Ich halte nichts davon, jetzt eine Diskussion darüber zu beginnen, welche dieser Gruppen wir zu priorisieren haben. Für eine Transformation des Kapitalismus ist die gemeinsame Aktion aller dieser gesellschaftlichen Schichten notwendig. Wenn also, wie ich glaube, Wahlprogramm und Wahlkampf den Erfordernissen im wesentlichen entsprochen haben, warum haben wir dennoch an Einfluss verloren? Ein wichtiger Grund liegt in der abnehmenden Campagnefähigkeit infolge des Mitgliederschwundes und des wachsenden Altersdurchschnittes besonders auf dem Land, der schwindenden Verankerung in den Gemeindevertretungen und in Beratungsgremien (z.B. bei Miete und Rente) und in der Zivilgesellschaft. Die LINKE ist auf dem Land und in manchen Kleinstädten im Alltag weithin nicht mehr erlebbar. Das passiert in einem politisch-geistigen Klima, das über die Medien darauf gerichtet ist, die Bürger des politischen Denkens zu entwöhnen, so dass sie eher den politischen Worthülsen der äußersten Rechten folgen. Die Herrschenden kopieren politische Erfahrungen des Machterhalts am Ende der Weimarer Republik. Auch der beste Wahlkampf kann offensichtlich das Defizit nicht ausgleichen, das darin besteht, dass wir nicht mehr über ausreichend stabile Kanäle verfügen, um unser politisches Programm und unsere Aktivitäten in unserer potenziellen Wählerschaft zu verbreiten. Das gilt namentlich auch für die wichtige Arbeit unserer Parlamentsfraktionen. Es ist nicht zu erwarten, dass viele Menschen in der Lage wären, die Übertragungen der Parlamentssitzungen in den Nachrichtenkanälen zu verfolgen. Was fehlt, sind ausführliche Berichte über die Parlamentsdebatten, wie sie zu Zeiten August Bebels üblich und politisch höchst wirksam waren.

Wir brauchen eine breite Debatte darüber, welche Informationskanäle und -mittel unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen der geistig-kulturellen Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie uns zur Verfügung stehen bzw. entwickelt werden müssen, um den Kontakt zu breiten Wählerschichten wieder zu gewinnen. Dabei könnten uns zum Beispiel regelmäßige Rechenschaftslegung aller unserer Abgeordneten vor den Wählern helfen, die wenigstens vier Mal im Jahr stattfinden sollten. Auch über breitere Öffentlichkeitsarbeit in den Zeitungen sollte nachgedacht werden, wie sie von manchen Abgeordneten und Funktionsträgern vorbildlich gemacht wird. Schließlich sollten uns die Erfahrungen jener Kreisverbände, die in der Wahl überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben, besonders interessieren.

kreistag startet mit riesenprogramm

Von **HANS WEISKE**

Mit seiner Sitzung am 7. September ist der dritte mittelsächsische Kreistag in eine neue Legislatur gestartet. Auf der Tagesordnung standen 38 Punkte, in denen es nach der Verpflichtung der Kreisrätinnen und Kreisräte vor allem um die Bildung der Ausschüsse sowie um Bestellungen bzw. Entsendungen in Beiräte und Aufsichtsräte ging. Der Kreistag besteht aus 98 Abgeordneten und dem Landrat, darunter gerade einmal 14 Frauen. Neu im Gremium sind 53 Mitglieder, 45 waren bereits Mitglied in der vergangenen zweiten bzw. in der ersten Wahlperiode. Statt bisher fünf arbeiten künftig sieben Fraktionen im Kreistag:

■ CDU und RBV:	30 Kreisräte
■ AFD:	22 Kreisräte
■ Freie Wähler:	16 Kreisräte
■ DIE LINKE:	11 Kreisräte
■ SPD:	9 Kreisräte
■ Grüne:	5 Kreisräte
■ FDP:	5 Kreisräte

Folgende Ausschüsse bzw. Gremien wurden gebildet:

■ Ausschuss für Umwelt und Technik	19 Kreisräte
■ Verwaltungs- und Finanzausschuss	19 Kreisräte
■ Jugendhilfeausschuss	24 Kreisräte
■ Ältestenrat	8 Kreisräte
■ Behindertenbeirat	16 Kreiräte

Wir haben bereits im Juli und August über die Konstituierung der Kreistagsfraktion der LINKEN informiert. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Gottfried Jubelt gewählt, seine beiden Stellvertreter sind Jana Pinka und Jörg Hommel. Im folgenden eine Übersicht über die Mitarbeit der Kreisräte der LINKEN in diesen Ausschüssen bzw. Gremien:

■ Ausschuss für Umwelt und Technik	JUBELT, GOTTFRIED Vertreter: KUNADT, DIETER PINKA, JANA
■ Verwaltungs- und Finanzausschuss	HOLUSCHA, VOLKER Vertreter: BACHMANN, TORSTEN KRAUSE, PETER
■ Jugendhilfeausschuss	RAUSCH, DAVID Vertreter: KÜHNERT, RONNY
■ Ältestenrat	JUBELT, GOTTFRIED Vertreter: PINKA, JANA (1) HOMMEL, JÖRG (2)
■ Behindertenbeirat	RATHKE, JANA

(die Fakten wurden dem Kreistagsinformationssystem für Bürgerinnen und Bürger entnommen)

oberverwaltungsgericht: alles bleibt geheim! von Dr. **ACHIM GRUNKE**, kreisrat

Am Freitag, dem 30. September, wurde unser Antrag am Sächsischen Obergericht (SächsOVG) in Bautzen verhandelt, der das Ziel hatte, die Geschäftsordnung des Kreistages in § 5 Abs. 3 Satz 3 für unwirksam zu erklären, wo es nicht gestattet wird, mit den Sitzungsunterlagen für öffentliche (!) Sitzungen vor der Sitzung an die Öffentlichkeit zu gehen.

Nach mündlicher Auskunft vom 2. September bei der Geschäftsstelle des SächsOVG wurde unser Antrag abgelehnt. Nun kennen wir zwar noch nicht den Schriftsatz, das kann Wochen dauern. Bleibt es aber bei der grundsätzlichen Entscheidung des SächsOVG in der Sache, dann unterliegen auch künftig sämtliche (!) Unterlagen der öffentlichen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse bis Sitzungsbeginn der Geheimhaltung. Ein Zuwiderhandeln könnte dann mit einem Bußgeld bis zu 500 Euro belangt werden.

Ganz offensichtlich vermochte das SächsOVG nicht über seinen eigenen Schatten zu springen, den es mit einer Entscheidung im Juli 2016 in ähnlicher Sache zur Stadt Freiberg getroffen hatte. In besagter Entscheidung hatte das SächsOVG die Sitzungsunterlagen öffentlicher Sitzungen pauschal zu „internen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung“ erklärt und die Auffassung vertreten, „dass es sich bei den Sitzungsunterlagen um rein interne Papiere der Verwaltung handelt“.

Nach der OVG-Entscheidung vom Juli 2016 stellte sich bereits die Frage, welche allgemeine rechtliche Verbindlichkeit denn dieser Entscheidung zukomme. In der kommunalen Praxis in Sachsen wurde die OVG-Entscheidung offensichtlich fast überall nicht zur Kenntnis genommen oder ignoriert. Kein Landkreis – außer Mittelsachsen – und soweit bekannt, auch keine Städte und Gemeinden in Sachsen änderten daraufhin ihre Geschäftsordnungen. Städte und Gemeinden, die zuvor schon von sich aus die Sitzungsunterlagen öffentlicher Sitzungen in ihren Internetportalen vor den Sitzungen eingestellt hatten und sie damit so für jedermann und –frau zugänglich waren, beließen es dabei und scherten sich nicht um das OVG-Urteil. Auch die Rechtsaufsichtsbehörden schritten nicht ein, obwohl nach SächsOVG ja ein Geheimhaltungsgebot galt. Nur im Landkreis Mittelsachsen sah man sich bemüßigt, in vorausseilendem Gehorsam eine Geheimhaltung der Sitzungsunterlagen zu verordnen. Bekannt wurde auch, dass der Oberbürgermeister der Stadt Meißen furchtsam reagierte und die Sitzungsunterlagen nicht mehr ins Internetportal der Stadt einstellen wollte, was bisher in der Stadt normale Gepflogenheit war. Nach heftigem Protest musste der Oberbürgermeister zurückrudern und zur alten Ordnung zurückkehren.

Das Einstellen von Sitzungsunterlagen im Internet gehört heute im Zeitalter der Digitalisierung der Rathäuser und Verwaltungen zu einer zeitgemäßen kommunalen Praxis. Übrigens werden auch im Partnerlandkreis Calw in Baden-Württemberg, wo die gleichen kommunalrechtlichen Bestimmungen gelten, die Sitzungsunterlagen der öffentlichen Sitzungen nahezu vollständig ins Internet gesetzt.

In einer vom Deutschen Landkreistag, dem kommunalen Spitzenverband der Landkreise, mit herausgegebenen Schrift heißt es dazu: „Der interessierte Zuhörer sollte soweit wie möglich in die Lage versetzt werden, den öffentlichen Ratssitzungen nicht nur beizuwohnen, sondern ihnen auch folgen zu können. Ohne Kenntnis der Beratungsvorlagen fällt das zumeist besonders schwer. Durch eine frühzeitige Zurverfügungstellung der Beratungsunterlagen des öffentlichen Sitzungsteils könnte der Informationsrückstand, den die Zuhörer gegenüber den Räten und der Verwaltung haben, reduziert werden. Technisch lassen sich Beratungsunterlagen heute leicht und kostenneutral über das Internet zur Verfügung stellen. Teilweise wird hiervon auch bereits Gebrauch

gemacht. Der verstärkte Einsatz dieses Mittels zur frühzeitigen Information könnte dazu beitragen, die öffentlichen Beratungen und Entscheidungen für den interessierten Bürger leichter verständlich zu machen.“ (Klaus Thomas Krebs: Der kommunale Öffentlichkeitsgrundsatz, R. Boorberg Verlag 2016, S. 261)

Nach unserer Auffassung – die durch den Schriftsatz unseres Anwalts dargestellt wurde – bedürfen die Unterlagen für öffentliche Sitzungen keiner Geheimhaltung, da hier Angelegenheiten behandelt werden, die weder dem Landkreis noch einem Dritten zum Nachteil gereichen (vgl. Lange, Kommunalrecht, 2013 Tübingen, Teil 2, Kapitel 5, Rn. 153). Denjenigen Gegenständen, die bei einer dem Kommunalrecht und dem Verfassungsrecht entsprechenden Behandlung in öffentlicher Debatte preisgegeben werden müssen, kann mithin eine Geheimhaltungsbedürftigkeit aus der Natur der Sache nicht zugesprochen werden (vgl. OVG Koblenz, Urteil vom 13.06.1995). Die automatische Einbeziehung in die Verschwiegenheitspflicht geriete vielmehr notwendig in Konflikt mit dem sonst gegebenen Recht des Ratsmitglieds auf freie Mandatsausübung (vgl. Hessischer VGH, Urteil vom 06. November 2008; OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 24. April 2001). Eine pauschale Verschwiegenheitspflicht der Kreisräte für sämtliche Gremienvorlagen bzw. Sitzungsunterlagen kann aus § 17 Abs. 2 Satz 1 Sächsische Landkreisordnung nicht entnommen werden. Stattdessen ist für jeden konkreten Einzelfall zu prüfen, ob die Geheimhaltung der jeweiligen Angelegenheit ihrer Natur nach erforderlich ist, also deren Mitteilung an andere dem Gemeinwohl oder dem berechtigten Interesse einzelner Personen zuwiderlaufen würde.

Die rechtliche Vertretung unseres Antragsgegners, dem Landkreis Mittelsachsen, stützt sich in ihrer Begründung im Kern der Sache auf ein Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 03.08.2012, abgedruckt in SSG-Mitteilungen 18/12. Da wird die vage Befürchtung geäußert, dass eine Diskussion in der Öffentlichkeit vor der Beschlussfassung noch vor der betreffenden Ratssitzung dazu führen kann, dass die öffentliche Meinung bereits in hohem Maße festgelegt sei und eine freie ungezwungene Beratung und Beschlussfassung in der kommunalen Vertretung erschwert werde. Diese Gefahr bestehe insbesondere dann, wenn die Gemeinderäte/Kreisräte vorab im kleineren Kreis – etwa bei einem Teil der Wähler oder mit Mitgliedern ihrer Partei oder Wählergemeinschaft – die Vorlage oder ihren Inhalt offenbaren. Damit würde das Prinzip der repräsentativen Demokratie, nämlich die selbstverantwortliche Vertretung der gesamten Bürgerschaft, unterlaufen und geschwächt. Diese Gefahr bestehe insbesondere dann, wenn Räte Diskussionen mit ihnen politisch nahestehenden Bürgern durchführen. Möge jeder selbst diese kryptische Begründung für sich kommentieren. Das SächsOVG hat offensichtlich damit keine Probleme.

Zu allem Ärger kommt hinzu, dass nach der jetzigen Geschäftsordnung des Kreistages auch die Presse nicht mehr vorab über anstehende Entscheidungen der Kreistagssitzungen berichten darf, da ja Geheimhaltung verordnet wurde, das Landratsamt deshalb auch keine Presseerklärungen abgeben oder Pressegespräche führen darf, also selbst zu einem Maulkorb verurteilt ist.

Es bleibt nun abzuwarten, wie denn das SächsOVG die Ablehnung unseres Antrags rechtfertigen wird. Hält das SächsOVG dabei an seiner Entscheidung vom Juli 2016 weiterhin fest, müsste die Landkreisverwaltung als Rechtsaufsichtsbehörde konsequenterweise gegen jene kreisangehörigen Kommunen rechtlich vorgehen, die ihre Sitzungsunterlagen vor den Sitzungen ins Internet stellen. Eine solche Anordnung, die die betreffenden Kommunen zurückpfeifen würde, könnte zur Peinlichkeit ausarten und hätte das Zeug zu einer sächsischen Provinzposse.

klimawandel und transformation der gesellschaft

von ACHIM GRUNKE

Der Mensch ist durch die Verbrennung fossiler Energieträger entscheidender Verursacher der globalen Erwärmung, die insbesondere in den letzten 35 Jahren rapide zugenommen hat. Und die Lage spitzt sich immer weiter zu: die Jahre von 2015 bis 2018 waren bisher die mit Abstand wärmsten seit Beginn der Temperaturlaufzeichnung im 19. Jahrhundert. Spürbar für alle kommt es immer häufiger zu extremen Wetterereignissen wie Starkniederschlägen, heftigen Stürmen, Hochwasser, Dürren und außergewöhnlich langen Hitzeperioden mit Spitzentemperaturen.

Die Gebirgsgletscher ziehen sich zurück, das Meereis der Arktis und die nordpolare Schneedecke schmelzen in einem Tempo, was bislang für unmöglich gehalten wurde. Der Meeresspiegel steigt jährlich um drei Millimeter, das Wasser der Ozeane erwärmt sich und versauert, da die Meere zu einem Teil das in die Luft abgegebene Kohlendioxid wieder aufnehmen. Die atmosphärischen Konzentrationen der Klimagase Kohlendioxid, Methan und Lachgas sind auf Werte angestiegen, die seit mindestens den letzten 800.000 Jahren noch nie so vorgekommen sind. Diese Gase wirken ganz unterschiedlich auf den Treibhauseffekt, werden aber auch in ganz unterschiedlichen Mengen emittiert. In einer zusammengefassten Bilanz werden sie als Gigatonnen CO₂-Äquivalente (Gt CO₂-eq) dargestellt. Im Jahr 2010 wurden weltweit 49 Milliarden Tonnen CO₂-eq freigesetzt, die sich so auf die Wirtschaftssektoren verteilen: 32% Industrie, 24,9% Landwirtschaft und Forsten, 18,4% Gebäude, 14,3% Verkehr und 11% auf weitere Formen der Energienutzung.

In den zurückliegenden 500 Millionen Jahren gab es bereits vier Warmphasen mit sehr stark erhöhten CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre, was aus Bohrkernanalysen im Polareis ermittelt wurde. Jedoch niemals ist der Treibhauseffekt so schnell vorangeschritten wie jetzt. Die Vulkanausbrüche des Perm, die vor etwa 300 bis 250 Millionen Jahren geschahen, führten zwar zu enormen CO₂-Einträgen und zu einem großen Artensterben, aber der atmosphärische Konzentrationsanstieg lag bei einem Zehntel des gegenwärtigen Tempos. Der CO₂-Anteil belief sich vor zweihundert Jahren auf 275 pro Million (ppm-Parts per Million), heute liegt er bereits bei 405 ppm. Jährlich kommen nun weitere 2 ppm hinzu, wobei eine Konzentration von 350 ppm gerade noch als verträgliche Höchstgrenze angenommen wird.

Eine unabweisliche Begrenzung der weiteren Erwärmung auf höchstens 2 Grad in den nächsten achtzig Jahren kann mit hoher Wahrscheinlichkeit nur noch erreicht werden, wenn bis zum Jahr 2050 insgesamt ein Drittel des noch vorhandenen Öls, die Hälfte des Erdgases und mehr als 80 Prozent der Kohle im Boden bleiben. Danach dürfen aus diesen fossilen Energieträgern keine Emissionen mehr abgedondert werden, die benötigte Energie kann dann nur noch aus Sonne, Wind und Wasser erzeugt werden. Werden die fossilen Ressourcen allerdings weiterhin im bisherigen Trend verfeuert, wird das Erdklima bis zum Jahr 2100 um 4 Grad steigen. Dann würden 80 bis 90 Prozent der Weltbevölkerung ebenso wie die uns bekannte Fauna und Flora nicht überleben könne, schätzt selbst die Weltbank ein. (Mehr Details zum Thema sind u.a. zu finden unter www.deutsches-klima-konsortium.de)

thema nicht neu

Der Begriff „Klimawandel“ mag vielleicht erst in den letzten zehn Jahren in der öffentlichen Debatte an Fahrt aufgenommen haben, aber das Thema ist nicht ganz neu. Bereits in dem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ der (UNO)-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung von 1987, geläufig auch unter dem Namen „Brundtland-Bericht“, benannt nach der Kommissionsvorsitzenden und damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, wurde das Problem bereits thematisiert.

Unter dem Kapitel 1 „Eine bedrohte Zukunft“ heißt es da unter Ziffer 24: „Der ‚Treibhauseffekt‘, eine dieser Bedrohungen für die lebenserhaltenden Systeme, re-



sultiert unmittelbar aus dem erhöhten Ressourcenverbrauch. Das Verbrennen fossiler Brennstoffe und das Abholzen und Verbrennen der Wälder setzt Kohlendioxid (CO₂) frei. Die Akkumulation von CO₂ und bestimmter anderer Gase in der Atmosphäre speichert Sonnenstrahlung nahe der Erdoberfläche und verursacht eine globale Erwärmung. Das könnte ein Ansteigen des Meeresspiegels in den nächsten 45 Jahren zur Folge haben, das zur Überschwemmung vieler tief gelegener Küstenstädte und Flußdeltas führen würde. Das könnte auch die nationalen und internationalen landwirtschaftlichen Produktions- und Handelssysteme durcheinander bringen.“ Im Kapitel 2 des Berichts werden dann unter Ziffer 81 Schlussfolgerungen für eine „Strategie stabiler Entwicklung“ aufgemacht, wenn es da heißt: „Im spezifischen Zusammenhang der Entwicklungs- und Umweltkrisen der 80er Jahre, die die heutigen nationalen und internationalen politischen und ökonomischen Institutionen nicht überwunden haben und vielleicht auch nicht können, ist für das Streben nach stabiler Entwicklung erforderlich:

- ein politisches System, das eine wirksame Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen sichert,
- ein ökonomisches System, das in der Lage ist, Überschüsse und technisches Wissen aus eigenem Vermögen und stabil hervorzubringen,
- ein Gesellschaftssystem, das Lösungen für die Spannungen, die sich aus einer unharmonischen Entwicklung ergeben, anbietet,
- ein Produktionssystem, das die Verpflichtung respektiert, die ökologische Grundlage für die Entwicklung zu erhalten,
- ein technologisches System, das ständig nach neuen Lösungen suchen kann,
- ein internationales System, das stabile Han-

dels- und Finanzstrukturen begünstigt,
 ■ ein Verwaltungssystem, das flexibel ist und die Fähigkeit hat, sich selbst zu korrigieren.“

ruf nach transformation

Seit Monaten erhebt sich mit der basisdemokratischen Bewegung „Fridays for Future“ (dt. „Freitage für die Zukunft“, kurz FFF) ein weltweiter Jugendprotest mit regelmäßigen Schulstreiks und Demonstrationen für möglichst umfassende, schnellste und effiziente Klimaschutz-Maßnahmen. Ins Leben gerufen von der 16-jährigen Schülerin Greta Thunberg aus Schweden, sind daran Hunderttausende Schülerinnen, Schüler und Studierende beteiligt. Zu ihren Parolen gehört auch der

Ruf „System Change, not Climate Change“ (Systemwandel, nicht Klimawandel).

Da stellt sich schon die Frage, haben wir es mit einer neuen Jugend- und Studentenrevolte zu tun, möglicherweise mit einer Wiedererweckung der 68er-Bewegung. Doch der Politikwissenschaftler Claus Leggewie von der Universität Gießen hält entgegen (Interview im WDR vom 21.02.2019): Damals waren die Ansprüche, sozusagen die gesamte Welt zu verändern. Heute sind die Ansprüche, die Welt zu retten, so wie sie ist. Damals hatte man sehr viel stärkere positive Erwartungen an die Zukunft – in dem Sinne, dass man geglaubt hat, dass man die Welt gerechter gestaltet, dass man sie gleicher macht. Aber der Kampf um das Bewahren eines besseren Zustandes ist auch der erste Schritt in Richtung möglicher Veränderungen.

Das es heute nicht um systemüberwindende Revolten geht, meint die bekannte amerikanische Kapitalismuskritikerin Naomi Klein und schlägt eine alternative Strategie vor: „Im großen Maßstab denken, ganz tief unten ansetzen und die ideologischen Pfähle weit weg vom erdrückenden Marktfundamentalismus einschlagen, der sich als größter Feind für das Wohlergehen der Erde entpuppt hat. Wenn wir den kulturellen Kontext nur ein kleines bisschen verschieben können, tut sich ein winziger Spielraum für vernünftige Reformen auf, durch die sich der Kohlendioxidanteil in der Luft zumindest in die richtige Richtung bewegen würde.“ (Naomi Klein: „Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima“, Frankfurt 2015, S. 39)

Auf die Frage, was für ihn im Zusammenhang mit dem Klimawandel Transformation bedeute, erklärte Prof. Schneidewind, Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie: „Der Begriff ist für mich sehr stark inspiriert durch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen. Schon 2011 hatte der Beirat deutlich gemacht, welche Herausforderung wir im 21. Jahrhundert vor uns haben. Die Menschheit wächst rasant, unsere Ressourcen sind begrenzt. Um diese Herausforderungen zu meistern, bedarf es umfassender technologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen: Wie gelingt die Energiewende, die Mobilitätswende, wie sehen die Städte der Zukunft aus, wie ernähren wir uns künftig, wie schaffen wir eine funktionierende Kreislaufwirtschaft? Und wie definieren wir in Zukunft unser Verständnis von Wohlstand und gutem Leben? Auf diese Fragen müssen wir rasch Antworten geben. Das nenne ich die ‚große Transformation‘, und sie hat bereits begonnen.“

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 11. September zu seiner ersten Beratung nach den Landtagswahlen zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war eine erste Auswertung der Landtagswahlen durch die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta. Dabei ging es um die Konsequenzen für den Kreisverband, vor allem, was die wesentliche Verringerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen und die notwendigen Strukturveränderungen betrifft. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Geschäftsstellen und Bürgerbüros. Der Schatzmeister Hans Weiske gab einen vorläufigen Überblick zu den Wahlkampf-Ausgaben. Die abschließende Bewertung erfolgt in der letzten Sitzung des kreislichen Wahlstabes am 23. September.

Über die von Marika Tändler-Walenta unter der Überschrift „ein weiter so kann und wird es nicht geben“ als Grundlage für die Debatte im Kreisvorstand formulierten Schwerpunkte informieren wir im Titelthema -2- auf Seite -8-.

In eigener sache

Im August mussten wir als Redaktionskollektiv **SABINE LAUTERBACH** aus unseren Reihen verabschieden. Sie wurde in ihrem Wahlkreis nicht wieder in den Kreistag gewählt. Das schwache Ergebnis der Kreistagswahlen und - damit verbunden - der Rückgang der zahlenmäßigen Stärke der Kreistagsfraktion führte dazu, dass sie ihre Aufgabe als Geschäftsführerin der Kreistagsfraktion aufgeben und sich eine andere Arbeit suchen musste. Sabine hat zehn Jahre Monat für Monat ausführlich und detailliert aus der Arbeit der Kreistagsfraktion berichtet. Sie reißt eine große Lücke.



Wie leider zu befürchten war, hat es Dr. Jana Pinka weder über ein Direktmandat, noch über die Landesliste in den neuen Landtag geschafft. Das hat ihrer Mitarbeiterin und unserem langjährigen Redaktionsmitglied **KERSTIN UFER** den Arbeitsplatz gekostet. Kerstin hat in den LinksWorten in Wort und Bild vor allem über die vielfältigen Aktivitäten ihrer „Chefin“ berichtet. Die von ihr gestaltete Webseite www.jana-pinka.de ist beispielhaft. Kerstin Ufer schreibt: „ Auf Wiedersehen - seit Februar 2015 bin ich Mitglied im Redaktionsteam der „LinksWorte“. Dies ist nun die letzte Ausgabe, an der ich mitarbeitete. Mir hat die Arbeit immer besondere Freude gemacht, konnte ich doch hauptsächlich als Mitarbeiterin unserer Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka über deren vielfältige Aktivitäten berichten. Ich bedanke mich recht herzlich bei allen Leserinnen und Lesern für das Interesse an meiner Arbeit sowie beim Redaktionsteam um Hans Weiske für die gute Zusammenarbeit.“

unsere jubilare



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

Im oktober 2019 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

INGEBURG THOMAS	geb. am	01.10.1938,	in	Brand-Erbisdorf
MANFRED KUNZE	geb. am	02.10.1931,	in	Hainichen
PETER KACZMAREK	geb. am	03.10.1937,	in	Leisnig
KARLA BÖRNER	geb. am	09.10.1925,	in	Freiberg
WALTER EXNER	geb. am	10.10.1938,	in	Rochlitz
RENATE FROST	geb. am	13.10.1932,	in	Halsbrücke
DIETER LAUTERBACH	geb. am	14.10.1935,	in	Flöha
INGRID WIEDEMANN	geb. am	15.10.1937,	in	Taura
HANNELORE MUCKE	geb. am	15.10.1949,	in	Großschirma
MONIKA HILDEBRAND	geb. am	17.10.1949,	in	Kriebstein
GÜNTHER ZINKE	geb. am	17.10.1929,	in	Mittweida
INGE KATTNER	geb. am	18.10.1930,	in	Frankenberg
JENS SCHEUNERT	geb. am	19.10.1959,	in	Lichtenau
RODEMARIE BODE	geb. am	24.10.1939,	in	Geringswalde
HERBERT SCHUBERT	geb. am	24.10.1938,	in	Freiberg
RÜDIGER BORCK	geb. am	25.10.1939,	in	Mittweida
HANNA LINDNER	geb. am	26.10.1926,	in	Roßwein
LOTHAR WAGLER	geb. am	28.10.1938,	in	Freiberg
JOHANNES KRETZER	geb. am	29.10.1938,	in	Freiberg

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es einfach umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden wollen, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

jahrestage im oktober 2019

13. - 23.10. 1919: Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart. Die von USPD-Delegierten dominierte Versammlung der größten deutschen Einzelgewerkschaft setzte die alte Führung wegen ihrer Burgfriedenspolitik im Weltkrieg ab und wählte eine neue Leitung unter Robert Dißmann.

20. - 24.10. 1919: 2. Parteitag der KPD („Heidelberger Parteitag“). Es kam zum Bruch zwischen der Parteiführung unter Paul Levi und einem syndikalisch orientierten Flügel, welcher wenige Monate später die KAPD, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands gründet.

29.10. 1929: Der Börsenkrach an der Wallstreet in New York läutet die Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1932) ein, die sich rasch auf Deutschland ausweitete.

07.10. 1944: Aufstand des jüdischen Sonderkommandos im KZ Auschwitz-Birkenau.

01.10. 1949: Proklamierung der Volksrepublik China.

07.10. 1949: Der Deutsche Volksrat konstituiert sich in Berlin zur Provisorischen Volkskammer und setzt die Verfassung der DDR in Kraft. Wilhelm Pieck wird am 11.10. und Otto Grotewohl am 12.10. zum Ministerpräsidenten gewählt.

13.10. 1949: Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

21./22.10. 1969: Bildung der Koalitionsregierung von SPD und FDP in der Bundesrepublik Deutschland. Willy Brandt (SPD) wird Bundeskanzler.

23.10. 1969: Der Rückzug der US-Truppen aus Vietnam beginnt.

07.10. 1989: In Schwante (Kreis Oranienburg) konstituiert sich die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP).

09.10. 1989: In Leipzig demonstrieren 70.000 für eine demokratische Erneuerung der DDR unter der Losung „Wir sind das Volk“.

terminübersicht

september 2019:

- 11.09. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34
- 23.09. 10:00 Uhr abschließende Beratung des Wahlstabes
Mittelsachsen
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str.34

oktober 2019:

- 30.10. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34

Hinweise: Weitere Termine für den Oktober (u.a. die Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden und die angekündigten Regional-konferenzen des Landesverbandes) stehen noch nicht fest.

Im November finden ein Kreisparteitag (voraussichtlich am 23. November) und ein Landesparteitag (14. bis 16. November) statt. Dabei sind neue Vorstände zu wählen.

Bericht über eine erweiterte Vorstandssitzung des OV Rochlitz/ Geringswalde am 06.09. im Büro Rochlitz

Bei diesem Treffen mit insgesamt 10 Genossinnen und Genossen führten wir eine erste Auswertung der Landtagswahlen durch und berieten darüber, welche Schritte künftig einzuleiten sind, um eine Stärkung der Linken im Ortsverband und im Kreis zu erreichen.

Das relativ gute Ergebnis in Rochlitz und Geringswalde ist zweifellos auf die enge Wahlvorbereitung vor Ort zurückzuführen, wobei sich dennoch nicht alle, die dazu in der Lage waren, daran beteiligten.

Für das enttäuschende Gesamtergebnis der Linken machen wir neben den Kämpfen zwischen CDU und AFD auch eigene Fehler verantwortlich. So erreichten die hoch gepriesenen Wahlplakate des Landesvorstandes nur begrenzt die Wähler im ländlichen Raum. Auch die Annäherung von den Großstädten an den ländlichen Raum vermissen wir weiterhin bei den Funktionären des Landesvorstandes. Das langfristige Auftreten von Spitzenpolitikern unserer Partei vor dem Wahltermin hat leider wieder gefehlt, wenngleich der Auftritt von Katja Kipping in Rochlitz am 25.09. 2019 mit ca. 50-60 Besuchern ein Erfolg war.

Zum Ergebnis von CDU und AFD waren wir uns einig, daß viele Wähler hier die Wahl zwischen „Pest und Cholera“ gesehen haben. Die Wählerwanderungen von 29000 ehem. Linkswählern zur AFD und 25000 zu CDU belegen das. Zur aktuellen Rolle der AFD gingen die Meinungen auseinander. Deren bewusste Wähler unterschätzen den rassistischen und neofaschistischen Charakter dieser Partei.

Eine überwiegende Mehrheit der Funktionäre der AFD sind unserer Ansicht nach Rechtsextremisten mit völkischem Gedankengut. Auch wenn einige AFD-Mitglieder sich bürgerlich geben, solche Funktionäre wie Höcke, Gauland und Kalbitz aus Brandenburg sind eine Gefahr für Deutschland und keinesfalls geeignet die aktuellen Probleme zu lösen.

Eine Verharmlosung der AFD oder die Meinung „lass die doch mal machen“ hilft niemanden. Unsere Devise heisst „Wer AFD wählt, wählt Höcke und Co und wer Höcke an die Macht lässt, wählt Rassismus, Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Wir die Genossinnen und Genossen aus dem Ortsverband wollen unseren Kampf vor Ort weiter ausbauen. Dafür werden wir die Zusammenarbeit mit zahlreichen jüngeren Sympathisanten um die Gruppe von Genossen Stanley Weber aus Rochlitz weiter ausbauen und mit Aktionen und Veranstaltungen in Rochlitz und Umgebung auf unsere Partei aufmerksam machen. Auch sollten wir auf den Dörfern regelmäßig Flagge zeigen und uns nicht nur vor den Wahlen mal sehen lassen.

Vorgeschlagen wurde, Kontakt zu dem starken Stadtverband der Linken in Leipzig und Jule Nagel aufzunehmen, um von deren Erfahrungen zu profitieren.

Nur gemeinsam können wir wieder erstarren und der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung wirksam begegnen.



Auch in diesem Jahr fand am 5. August auf Einladung der Regionalgruppe Freiberg des Rotfuchs-Fördervereins am Gedenkstein für Hilde Coppi am Torfhaus Oberholzhau das traditionelle Gedenken statt. Hilde Coppi und ihr Mann Hans gehörten zur Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe, die die Gestapo unter dem Namen „Rote Kapelle“ verfolgte. Das waren mutige Antifaschisten unterschiedlicher Weltanschauung aus verschiedenen Kreisen: Gemeinsam aber war ihnen ihr mutiger Kampf gegen Faschismus und Krieg. Die Anwesenden des diesjährigen Gedenkens waren sich einig: Gegenwärtig kommt es im Kampf gegen den wachsenden Einfluss von faschistischen, völkischen und demokratiefeindlichen Kräften und angesichts der wachsenden Bedrohung des Weltfriedens auch darauf an, alle willigen demokratischen und Friedenskräfte gegen Hochrüstung und Rüstungsexporte, gegen Völkerverhetzung und Rassenhass zu vereinen.

REGINA UND REINHARD KLUGE, Rechenberg-Bienenmühle



Alljährlich zum Tag der Opfer des Faschismus kommen die Genossinnen und Genossen aus Rochlitz, Lunzenau und Lichtenau an der Gedenkstätte in Lunzenau zum Gedenken zusammen, so auch in diesem Jahr. Ähnliche Veranstaltungen fanden auch in weiteren mittelsächsischen Städten statt.

Mitmachen ohne Mitgliedschaft

Werde Botschafterin oder Botschafter für soziale Gerechtigkeit und einen Politikwechsel in unserem Land – auch ohne Mitgliedschaft.

